

# Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

Bestandteil: Nachrichten Dresden  
Verleger: Carl Neumann, Neudammstr. 10  
Redaktion: Neudammstr. 10  
Druck: Carl Neumann, Neudammstr. 10

Bezugspreis bei halbjährlicher Bestellung monatlich 2,40 Mk. (einschließlich 20 Pfg. für  
Zustellung), bei vierteljährlicher Bestellung 3,60 Mk., bei halbjährlicher Bestellung 7,20 Mk.,  
bei jährlicher Bestellung 14,40 Mk., bei anderthalbjährlicher Bestellung 21,60 Mk., bei zweijährlicher  
Bestellung 43,20 Mk., bei dreijährlicher Bestellung 64,80 Mk., bei vierjähriger Bestellung 86,40 Mk.,  
bei fünfjähriger Bestellung 108,00 Mk., bei sechsjährlicher Bestellung 129,60 Mk., bei siebenjähriger  
Bestellung 151,20 Mk., bei achtjähriger Bestellung 172,80 Mk., bei neunjähriger Bestellung 194,40 Mk.,  
bei zehnjährlicher Bestellung 216,00 Mk. (einschließlich 20 Pfg. für Zustellung).  
Anzeigenpreis: Die erste Spalte 20 mm breite Zeile 25 Pfg., für auswärtige 40 Pfg., Familienanzeigen  
und Stellenangebote ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 25 Pfg., die 20 mm breite Zeile 200 Pfg.,  
außerhalb 250 Pfg., Offerteneinreichung 50 Pfg., auswärtige Aufträge gegen Vorauszahlung.

Druck u. Verlag: Carl Neumann, Neudammstr. 10  
Redaktion: Neudammstr. 10  
Druck: Carl Neumann, Neudammstr. 10

## Die Spaltung der Deutschen Staatspartei

### Mahraun und die Jungdeutschen treten aus

Berlin, 7. Okt. Das Ergebnis der Sitzung des Hauptaktionsausschusses der Deutschen Staatspartei war, daß die jungdeutschen Vertreter erklärten, sie träten angesichts grundsätzlicher Meinungsverschiedenheiten nunmehr aus der Staatspartei aus. In den vorangegangenen lebhaften Erörterungen hatten die Jungdeutschen unter anderem gefordert, daß der preussische Finanzminister Dr. Hoyer-Hackhoff und Staatssekretär a. D. Meyer aus dem Vorstand der Staatspartei austreten sollten. Sie hatten das damit begründet, daß das Verschleiden dieser Persönlichkeiten im Vorstand nicht mit dem übereinstimme, was die Jungdeutschen unter dem Begriff Volksgemeinschaft zum Ausdruck bringen wollten. Diese und andere jungdeutsche Forderungen aber waren für die Demokraten unannehmbar.

Die Spaltung in der Deutschen Staatspartei, die nun Tatsache geworden ist, bedeutet jedoch, wie verlautet, nicht unbedingt, daß auch die Fraktionsgemeinschaft zwischen Jungdeutschen und Demokraten im Reichstag sofort aufgehoben wird. Würden die sechs jungdeutschen Abgeordneten der Staatspartei aus der Fraktion gehen, dann würden nur 14 Demokraten zurückbleiben, womit diese die Fraktionsstärke im Reichstag verlieren würden. Es verlautet daher, daß trotz der offiziellen Trennung der Jungdeutschen von den Demokraten beide Gruppen

#### Im Rahmen eines Kartellverhältnisses

in der Reichstagsfraktion zunächst beieinander bleiben werden. In der Sitzung des Hauptaktionsausschusses wurden über die zukünftige Gestaltung der Reichstagsfraktion der Staatspartei keinerlei Beschlüsse gefaßt. Die Entscheidung darüber bleibt der Fraktion selbst vorbehalten.

Ueber die Sitzung, die 4 1/2 Stunden dauerte, wurde folgendes

#### gemeinames Kommuniqué

ausgegeben: „In der Sitzung des Hauptaktionsausschusses der Deutschen Staatspartei am Dienstag wurde der Antrag, angesichts der hervorgetretenen Schwierigkeiten der Zusammenarbeit die verschiedenen politischen Gruppen in ihrer organisatorischen Selbständigkeit zunächst innerhalb der Deutschen Staatspartei unberührt zu lassen, abgelehnt. Des Weiteren wurde der Antrag, die Führung der Partei durch Ausschaltung bestimmter Personen zu ändern, abgelehnt. Hiernach erklärten Arthur Mahraun und die Mitglieder der Volksnationalen Reichsvereinigung im Hauptaktionsausschuss ihren Austritt aus der Deutschen Staatspartei mit der Begründung, daß weltanschauliche Gegensätze ihnen das weitere Verbleiben in der Deutschen Staatspartei unmöglich machten.“

#### Der Antrag auf Änderung der Parteiführung

von dem in dem Kommuniqué gesprochen wird, war von dem jungdeutschen Ordenskanzler Bornemann gestellt worden. Er lautete: „Von Seiten des Herrn Ministers Hoyer-Hackhoff ist mehrfach erklärt worden, daß er an der Staatspartei niemals mitgearbeitet hätte, wenn er gewußt hätte, daß Christlich-Sozialer daran beteiligt seien. Herr Staatssekretär Meyer hat erst heute noch erklärt, daß auch er sich nur unter der Bedingung an der Deutschen Staatspartei be-

teilige, daß sie eine Einheitspartei, d. h. eine Partei der linken Mitte sein sollte. Damit ist ein weltanschaulicher Gegensatz gegeben, denn die Gründer haben die Deutsche Staatspartei als eine Partei der aktiven sozialen und nationalen Mitte gewollt.“

„Eine Möglichkeit zu weiterer vertrauensvoller Zusammenarbeit sehen wir nur in dem Rücktritt der Exponenten der Ansicht von der Führung der Fraktion.“

Von den Antragstellern wird betont, daß sie mit dem Worte „Christlich-Sozial“ in ihrem Antrage nicht die Reichstagsgruppe des Christlich-Sozialen Volksdienstes meinen, sondern die Kräfte, die um die Abgeordneten Bauckhuf und Adolph aus den früheren deutschnationalen Kreisen zur Staatspartei gekommen sind. Bauckhuf ist in der Leitung der Christlichnationalen Gewerkschaften, Adolph in der Leitung des Deutschen Beamtenbundes.

Zu der weltanschaulichen Seite der Schwierigkeiten erklärt uns Arthur Mahraun, daß der demokratische Flügel der Staatspartei den Jungdeutschen zu sehr als Regierungspartei eingestuft sei. Die Wahlen hätten gezeigt, daß das Volk etwas Neues wolle. Deshalb sei ihm freie Hand für kommende Wahlen erwünscht.

#### Niemand wisse, wie lange der Reichstag lebe.

Vor allem sei aber doch mit der Möglichkeit von Neuwahlen in Preußen zu rechnen. Mahraun erklärte weiter, daß er die Absicht habe, 10 000 Verammlungen einzuberufen, um im Lande für die Ideen des Jungdeutschen Ordens und der Volksnationalen Vereinigung zu werben.

Auch von demokratischer Seite wird betont, daß die sachlichen Gegensätze ein Zusammenbleiben nicht möglich gemacht hätten. Die Trennung wird an sich außerordentlich bedauert, um so mehr, als die Zerrissenheit der bürgerlichen Mitte damit noch härter in den Vordergrund trete. Ein anderer Ausweg sei aber nicht möglich gewesen, weil die Demokratische Partei keine Illusionspolitik treiben wolle.

#### Ueber die Frage, ob

#### neue Verhandlungen mit der Deutschen Volkspartei

stattfinden, läßt sich im Augenblick noch nichts sagen. Sicher ist jedenfalls, daß die Deutsche Volkspartei an ihrem alten Standpunkt festhält, daß nur eine Sammlung nach beiden Seiten in Frage kommt, d. h. also unter Einbeziehung gewisser, rechts von der Deutschen Volkspartei stehenden Gruppen.

Nach heftigen Auseinandersetzungen hat sich die Deutsche Staatspartei nach wenig über zehnwöchiger Existenz in ihre Bestandteile aufgelöst. Die Demokraten einerseits und die Volksnationale Reichsvereinigung des Herrn Mahraun andererseits sind damit wieder selbständig. Die mit großem Prestige beherrschte Parteigründung hat damit ein flüchtiges Dasein erlitten. Auf den Trümmern ihrer einstigen Partei sitzen auf der einen Seite Demokraten, auf der anderen Seite sitzt Herr Mahraun auf den Ruinen des Jungdeutschen Ordens. Der Zusammenbruch der Deutschen Staatspartei bedeutet im übrigen eine weitere Schwächung der parlamentarischen Mitte und erschwert die Aussichten des Kabinetts Brüning ungemein.

### Sterbende Demokratie

Der Sächsische Landtag hat sich in der gestrigen Sitzung seiner ersten Aufgabe, dem Lande eine Regierung nach parlamentarischen Regeln zu geben, wieder verweigert. Bei der Wahl eines Ministerpräsidenten haben sich die Stimmen so zerplittert, daß keine Mehrheit zustandkam. Für die radikale Lösung der Landtagsauflösung war ebenfalls nur eine Minderheit zu haben. Damit hat sich der Landtag zum drittenmal seit seiner Wahl im Mai dieses Jahres das Zeugnis ausgestellt, daß er zu schöpferischer Tätigkeit, ja sogar zur bloßen Ausübung seiner verfassungsmäßigen Funktionen unfähig ist.

Das sächsische Volk braucht sich über diesen neuerlichen Verlaufs nicht zu beunruhigen. Es hat seine Regierung, wenn sie auch dem Namen nach keine vollwertige, sondern eine geschäftsführende ist. Einem solchen Landtag gegenüber mag diese Eigenschaft des Kabinetts Schick sogar ihre Vorteile haben, weil sie in Ruhe, unbekümmert um etwaige Mißtrauensanträge und sonstige parlamentarische Zwischenfälle die notwendige sachliche Verwaltungsarbeit leisten kann. Merkwürdigerweise ist ihr gerade von derjenigen bürgerlichen Partei, die dem amtierenden Ministerpräsidenten bei seiner Wahl die Stimme verweigert hatte, das glänzendste Zeugnis über ihre Tätigkeit ausgestellt worden. Und auch die übrigen bürgerlichen Parteien haben ihre stillschweigende Anerkennung für das Kabinetts Schick dadurch zum Ausdruck gebracht, daß sie es vermeiden, den Ministerpräsidenten, wie es eine Beizlang beabsichtigt war, zur Neuwahl aufzustellen, weil sie es verhindern wollten, daß das Ansehen seines Namens in dem sicher vorauszustehenden Verlaufs der Wahl unnötig verbraucht werde. Man könnte sich also wohl bei dem jetzigen Zustand beruhigen, wenn nicht doch einige Umstände die Bildung einer vom Parlament befristeten und damit in vollem Umfang aktionsfähigen Regierung nötig machten, sei es durch die Bildung eines vollstimmigen oder die Bestätigung des gegenwärtigen Beamtenkabinetts. Denn einige von den einflussreichsten Parteien im Landtag verweigern dem Kabinetts Schick bisher unter Berufung auf seinen geschäftsführenden Charakter die sachliche Mitarbeit. Sie wollen nur mit einer ordnungsmäßig gebildeten Regierung zusammenwirken. Dadurch bleiben die wichtigsten Aufgaben liegen, vor allem die Erledigung des noch vom Finanzminister Debes ausgearbeiteten Etats, der seit dem Frühjahr brachliegt. Es ist ganz klar, daß dieser Zustand unhaltbar ist und auf irgendeine Weise baldigt behoben werden muß.

Der Landtag ist bei seinem gestrigen Lösungsversuch wieder an dem hartnäckigen Widerstand, der von der demokratisch-volksnationalen Gruppe ausgeht, gescheitert. Er ist damit, nachdem dasselbe Manöver schon zum drittenmal seit seinem Bestehen erprobt wurde, allmählich in eine Lage hineingeschlittert, die mit dem Fluch der Lächerlichkeit belastet ist. Einer Lächerlichkeit, die tödlich wirkt, zum mindesten für das Ansehen der parlamentarischen Einrichtungen beim Volk. Ganz abgesehen davon, daß sich der Landtag damit jeden direkten Einflusses auf die Regierung und ihre Geschäftsführung entäußert. Mit Recht wird die Frage aufgeworfen, warum er eigentlich noch tagt, wenn er aus seiner offenkundigen Impotenz schon nicht die Folgerung der Auflösung ziehen will. Er steht einer Regierung gegenüber, die von ihm völlig unabhängig geworden ist. Kein Mißtrauensvotum vermag sie zu stützen. Alles Reden im Landtag bleibt für sie in der gegenwärtigen Lage unverbindlich. Im besten Fall wirkt dieses Parlament noch als begutachtendes Gremium wie etwa der Reichswirtschaftsrat. Gerade denjenigen Parteien, welche die Grundzüge der Demokratie programmatisch verfechten, müßte ein solcher Zustand ein Dorn im Auge sein. Sie dürften nicht ruhen und rasten, bis diese Krise des Parlamentarismus überwunden und durch verfassungsmäßige Zustände abgelöst ist. Daß das Gefühl für diese Notwendigkeit vorhanden ist, geht aus verschiedenen Äußerungen in der gestrigen Landtagsitzung hervor. Der volksparteiliche Redner bekannte, daß er sich allmählich schäme, als Landtagsabgeordneter über die Strafe zu gehen, weil seit fünf Monaten die Arbeit der Volkvertreter darin besteht, keine Regierung zu bilden und auch sonst nichts Nützliches zu leisten. Ebenso stellte der Sprecher der Wirtschaftspartei in aller Offenheit fest, daß bei der Wiederholung solcher Szenen im Landtag die letzten Anhänger des regierenden Systems davonlaufen würden.

Sonderbar wirkt es, daß auf diese Mißstände von Seiten der rechtsstehenden Parteien hingewiesen werden muß, die seit jeher den Parlamentarismus als ungeeignet für Deutschland erklärt haben, während die eigentlich demokratischen Parteien vor dieser Entwicklung, die alle ihre Ideale zertrümmert, die Köpfe in den Sand stecken. Der Appell Dr. Debes war gewiß eine rednerische Glanzleistung und getragen von starker innerlicher Bewegung. Aber es ist doch eigenartig, daß gerade er als Demokrat der Verschleppung der Krise das Wort reden mußte mit Gründen, die nicht weniger als nutzlos sind. Denn die Ungewißheit der Lage im Reich, die Frage über das Schicksal Brünings und seines Finanzprogramms kann doch wirklich nicht zum tauglichen Vorwand dienen, um die Ungewißheit in Sachen zu verzögern. Man versteht Dr. Debes, wenn er erklärt, von des

## Brüning hofft auf sozialistische Hilfe

### „Der Preis heißt Preußen“ - Abschluß der Parteiführerbesprechungen

Berlin, 7. Oktober. Der Reichskanzler Brüning empfing in den heutigen Abendstunden den Führer der Reichstagsfraktion der Bayerischen Volkspartei, Prälaten Dr. Leicht, um auch ihn über das Programm der Reichsregierung zu unterrichten. Damit haben nun die Besuche der Parteiführer beim Reichskanzler ihr Ende gefunden und Brüning wird nach der Unterredung der Parteiführer nunmehr am Mittwochvormittag vor dem Reichspräsidenten v. Hindenburg Bericht erstatten. Es wird sich dabei lediglich um den Bericht in dem Sinne handeln, daß der Reichskanzler dem Reichspräsidenten v. Hindenburg Mitteilung von den Eindrücken macht, die er in den Gesprächen mit den führenden Persönlichkeiten der Parteien empfangen hat. Wie von zuständiger Stelle ausdrücklich versichert wird, ist

#### vom Kabinetts nicht daran gedacht worden, vom Reichspräsidenten irgendwelche neue Vollmachten zu erbitten.

Da der Reichskanzler auch keinerlei personelle Veränderungen des Kabinetts in Aussicht genommen hat, wird man die Entscheidung, die Dr. Brüning gegenüber dem neuen Reichstag einzunehmen gedenkt, nunmehr endgültig dahin zu deuten haben, daß Dr. Brüning mit seinem Kabinetts vor den Reichstag tritt in der Erwartung, daß sich eine ausreichende Mehrheit mit Hilfe der Sozialdemokraten für die Regierungsbildung erreichen lassen. In den der Regierung nahestehenden Kreisen rechnet man auch ziemlich zuversichtlich damit, daß das Kabinetts auf diese Weise die parlamentarischen Schwierigkeiten überwinden wird. Ob diese Hoffnungen berechtigt sind, wird erst die nächste Zukunft zeigen können.

In recht interessanten Auslassungen unter dem Titel „Der Preis heißt Preußen“ befaßt sich die „Arenszeitung“ mit den Aussichten des Kabinetts Brüning. Das Blatt weist zunächst

darauf hin, daß der Weg nach rechts, soweit es sich um das „unabänderliche“ Sanierungsprogramm handelt, ungangbar geworden sei. Aber der Kanzler scheine den Hauptwert zunächst weniger auf die Entscheidung über sein Programm zu legen, als auf die Möglichkeit, die Regierung auch bei den veränderten parlamentarischen Verhältnissen überhaupt stehen zu lassen. Das von nationalsozialistischer Seite zu erwartende Mißtrauensvotum soll durch eins der bei den Verlegenheitsregierungen der Nachkriegszeit so beliebten taktischen Manöver ungeschädlich gemacht werden, und da rechnet Dr. Brüning offenbar auf die parlamentarische Waffenhilfe der Sozialdemokratie. Seine Hoffnung basiert auf dem bekannten Fraktionsbeschluss der Sozialdemokraten am vergangenen Freitag, aus dem die ihm nahestehenden Kreise die Aussicht herauslesen, daß die Sozialdemokraten gegen das Mißtrauensvotum stimmen und auch die gefährliche Klippe der Notverordnung mit taktischen Manövern umschiffen werden, so daß zunächst eine Galaxierfrist für Regierung und Parlament gewonnen wäre. Die Sozialdemokratie, die in dieser Frage keineswegs geschlossen dastehet, wird zu diesem Entschluß zweifellos durch ein Moment bewegt, das für sie im Augenblick im Vordergrund des politischen Geschehens steht, die Befestigung ihrer Machtposition in Preußen.

Die Preußenfrage ist der Schlüssel der politischen Konstellation. Die Befreiung Preußens vom marxistischen Joch ist heute mehr als ein bloßer Wunsch. Sie ist nach der Stimmung im Volk, wie sie bei den letzten Reichstagswahlen zutage getreten ist, sogar zu einer ziemlich sicheren Wahrscheinlichkeit geworden.

Der Weg dazu ist durch das Mittel des Volksentscheides über das Volksabgeordneten gewiesen.